
Inhaltsverzeichnis

1	ALLGEMEINE BESCHREIBUNG DER LEISTUNG.....	2
1.1	AUSZUFÜHRENDE LEISTUNGEN.....	2
1.1.1	<i>Straßenbau</i>	2
1.1.2	<i>Landschaftsbauarbeiten</i>	6
1.1.3	<i>Leitungsumverlegung</i>	6
1.2	AUSGEFÜHRTE VORARBEITEN.....	6
1.2.1	<i>Vermessung</i>	6
1.2.2	<i>Kampfmittelbeseitigung</i>	7
1.3	AUSGEFÜHRTE LEISTUNGEN.....	7
1.4	GLEICHZEITIG LAUFENDE BAUARBEITEN.....	7
1.5	ÄNDERUNGSVORSCHLÄGE UND NEBENANGEBOTE.....	7
2	ANGABEN ZUR BAUSTELLE	8
2.1	LAGE DER BAUSTELLE.....	8
2.1.1	<i>Straßen- bzw. Baukilometer, Stationierung</i>	8
2.1.2	<i>Nächster Ort</i>	8
2.2	VORHANDENE ÖFFENTLICHE VERKEHRSWEGE.....	8
2.2.1	<i>Straße</i>	8
2.3	ZUGÄNGE; ZUFAHRTEN.....	8
2.4	ANSCHLUSSMÖGLICHKEITEN AN VER- UND ENTSORGUNGSLEITUNGEN.....	9
2.5	LAGER- UND ARBEITSPLÄTZE.....	9
2.6	GEWÄSSER.....	10
2.7	BAUGRUNDVERHÄLTNISSE.....	10
2.7.1	<i>Untersuchung Ausbauasphalt</i>	10
2.8	SEITENENTNAHMEN UND ABLAGERUNGSTELLEN.....	10
2.9	SCHUTZBEREICHE UND OBJEKTE.....	11
2.9.1	<i>Natur- und Landschaftsschutzgebiete</i>	11
2.9.2	<i>Bäume und Flurgehölze</i>	11
2.9.3	<i>Denkmale</i>	11
2.9.4	<i>Immissionsschutzbereiche und Objekte</i>	12
2.9.5	<i>Wasserschutzgebiete</i>	12
2.9.6	<i>Vermutete Bodenfunde</i>	12
2.9.7	<i>Vermessungsmarken</i>	12
2.9.8	<i>Schutzmaßnahmen</i>	12
2.10	ANLAGEN IM BAUBEREICH.....	13
2.11	ÖFFENTLICHER VERKEHR IM BAUBEREICH.....	13
3	ANGABEN ZUR AUSFÜHRUNG	14

3.1	VERKEHRSFÜHRUNG; VERKEHRSSICHERUNG	14
3.1.1	<i>Allgemeines</i>	14
3.1.2	<i>Verkehrsführung</i>	14
3.1.3	<i>Verkehrszeichen, Schildertafeln, Baken</i>	15
3.2	BAUABLAUF	16
3.2.1	<i>Reihenfolge und Abwicklung der Arbeiten</i>	16
3.3	WASSERHALTUNG	17
3.4	BAUBEHELFE	17
3.5	STOFFE; BAUTEILE	17
3.6	ABFÄLLE	19
3.7	WINTERBAU	19
3.8	BEWEISSICHERUNG	19
3.9	SICHERUNGSMASSNAHMEN	20
3.10	BELASTUNGSANNAHMEN	20
3.11	VERMESSUNGSLEISTUNGEN, AUFMASSVERFAHREN	20
3.11.1	<i>Aufmaßverfahren</i>	20
3.11.2	<i>Vermessung</i>	21
3.12	PRÜFUNGEN	21
3.13	UMWELTSCHUTZ	22
4	AUSFÜHRUNGSUNTERLAGEN	22
4.1	VOM AG ZUR VERFÜGUNG GESTELLTE AUSFÜHRUNGSUNTERLAGEN	22
4.2	VOM AN ZU BESCHAFFENDE AUSFÜHRUNGSUNTERLAGEN	22
5	ZUSÄTZLICHE TECHNISCHE VERTRAGSBEDINGUNGEN	23

Die nachstehenden Angaben befreien den Auftragnehmer nicht von der Verpflichtung zur Prüfung der für das Angebot und die Ausführung der Bauleistung maßgebenden Verhältnisse.

Alle Erfordernisse und Angaben in den Vertragsbedingungen und Vorbemerkungen sind in den Einheitspreisen zu berücksichtigen. Der AN übernimmt die volle Verantwortung für alle verlangten Bauweisen und Baumaßnahmen.

Es wird dem Bieter empfohlen, die Baustelle eingehend zu besichtigen und sich über die örtlichen Verhältnisse und Gegebenheiten zu unterrichten.

1 ALLGEMEINE BESCHREIBUNG DER LEISTUNG

1.1 AUSZUFÜHRENDE LEISTUNGEN

1.1.1 Straßenbau

1.1.1.1 Art und Umfang (Querschnitte, Zusammenstellung der Hauptleistungen)

Die ausgeschriebenen Leistungen umfassen die Deckenerneuerung, der mit Asphalt befestigten Kreisstraße K 128 zwischen der Ortslage Plauerhagen und dem Bahnübergang in Richtung B103, vom Abs. 50 ca. km 1,753 bis ca. km 2,954 auf eine Länge von ca. 1200 m. Die Teilbaustrecke liegt außerhalb geschlossener Ortschaften.

Die Landesstraße K128 weist im Bestand eine Breite i. M. von 5,50 m auf.

Die Erhaltungsmaßnahme ist unterteilt in insgesamt 2 Bauabschnitte. Der 1. Teilbauabschnitt ist nicht Bestandteil dieser Ausschreibung.

2. Teilbauabschnitt

Die vorhandene Fahrbahndecke ist 8 cm dick abzufräsen (2 Fräsgänge – 6 cm und 2 cm). Nach Einbau eines Asphaltbewehrungsgitters erfolgt der Einbau von 5 cm Asphaltbinderschicht sowie 3 cm Asphaltbeton.

Die Fahrbahn erhält eine an den Bestand angepasste Querneigung.

Die im Leistungsverzeichnis ausgeschriebenen Arbeiten enthalten folgende Hauptleistungen:

ca. ...6.600. m² 1. Asphaltschicht (6 cm) fräsen

ca. ...6.600. m² 2. Asphaltschicht (2 cm) feinfräsen

ca. ...2.400. m Asphaltkante freilegen

ca. 6.600 m² Asphaltbewehrung einbauen

ca. ...6.600. m² Asphaltbinder einbauen

ca. ...6.600. m² Asphaltdeckschicht einbauen

ca. ...360. m³ Oberboden zur Bankettanpassung

ca. ...4.800. m Fahrbahnmarkierung entfernen und neu aufbringen

1.1.1.2 Aktuelle Fahrbahnbefestigung

Die vorhandene Fahrbahn weist i.M. eine Fahrbahnbreite von ca. 5,50 m auf.

Die Fahrbahn hat sehr unterschiedliche Asphaltstichtdicken, die dem beiliegenden Untersuchungsbeund der Baustoffprüfstelle Wismar GmbH vom 05.05.2026 zu entnehmen sind und entspricht keinem standardisierten Oberbau im Sinne der RSTO.

Der vorhandene Oberbau besteht überwiegend aus Asphalttragschichten sowie Asphaltbeton, die in Längs- sowie Querrichtung zahlreiche Risse aufweisen.

K128		OB	1. Schicht		2. Schicht		Summe		Fräsen		Rest	3. Schicht	
		cm		cm		cm	cm		1. Gang cm	2. Gang cm			cm
BK1	1+500	0,6	ATS 0/22	3,7	ATS 0/22	8,2	12,5		-6	-2	4,5		
BK2	1+800	0,5	AC 0/11	1,3	AB 0/16	5,9	7,7		-6	-2	-0,3	ATS 0/22	6,4
BK3	2+050	1,2	ATS 0/32	6,4	ATS 0/22	4,2	11,8		-6	-2	3,8		
BK4	2+400	0,5	ATS 0/22	3,9	ATS 0/22	5,2	9,6		-6	-2	1,6		

Tabelle 1 Deckensanierung Bohrkerne Schichtenaufteilung

1.1.1.3 Entwässerung

Oberflächenentwässerung

Im Bereich der Baumaßnahme erfolgt die Entwässerung des Oberflächenwassers über die fahrbahnbegleitenden Bankette.

Die durch die Baumaßnahme ggf. beeinträchtigte Oberflächenentwässerung des anschließenden Geländes ist durch geeignete Maßnahmen aufrechtzuerhalten. Das einwandfreie Abführen des anfallenden Tagwassers im Bereich der Baustelle muss dabei gewährleistet bleiben. Die hierfür erforderlichen Leistungen gehören zu den Nebenleistungen und werden nicht gesondert vergütet.

1.1.1.4 Oberbau (Bauweise RStO)

Die Kreisstraße ist in eine Belastungsklasse Bk 1,8 durch den AG eingestuft worden.

Die Fahrbahn erhält eine Erneuerung der Decke in Asphaltbauweise auf vorhandener Befestigung verbunden mit einer Rissanierung durch vollflächigen Einbau einer Asphaltarmierung.

Die Befestigung der Fahrbahn wird folgendermaßen festgelegt (kein standardisierter Oberbau):

2. Teilabschnitt Deckenerneuerung

3,0 cm Asphaltbeton AC 8 D N nach ZTV Asphalt-StB 07/13

5,0 cm Asphaltbinder AC 16 B N nach ZTV Asphalt-StB 07/13

Asphaltbewehrungsgitter auf gesamter Fahrbahnbreite HaTelit 40/17 oder gleichwertig – Einbau nach Herstellerangaben

Als Bindemittel kommt in der Asphaltbinder- und -deckschicht 50/70 zum Einsatz.

Um einen ausreichenden Schichtenverbund zu erreichen, ist auf der Fräsfläche ein Bitumenemulsion der Sorte C 60B-REP und auf der Binderschicht die Sorte C60BP4-S aufzusprühen.

Asphalteinbau

2. Teilabschnitt Deckenerneuerung

Der Einbau der Asphaltschichten hat unter Vollsperrung in ganzer Breite, ohne Mittelnahrt zu erfolgen. Die feingefräste Oberfläche der Fahrbahn ist vorher zu reinigen, das Kehrgut ist von der Baustelle zu entfernen. Das Verlegen der Asphaltbewehrung und das Anspritzen mit Bitumenemulsion hat gemäß der Einbaurichtlinie der Hersteller zu erfolgen.

Ein Teil des Fräsasphalt wird zu Flächen des AG transportiert und dort abgeladen. Die Einfache Entfernung zwischen der Baustelle und dem Lagerplatz beträgt bis 5 km.

Nach Herstellung der Deckschicht sind Fugen im Bereich der Auffahrten sowie am Beginn und Ende der Baustrecke auszubilden. Die Breite richtet sich nach den ZTV Fug-StB in aktueller Fassung. Nach dem Schneiden ist die Fuge nach Angaben des Herstellers der Fugenvergussmasse mit Voranstrich zu versehen. Der anschließende Fugenverguss erfolgt nach der Anforderung der ZTV Fug-StB in aktueller Fassung.

Ein ggf. erforderlicher mehrmaliger An- und Abtransport bzw. Umbau des Maschinen- und Gerätekomplexes wird nicht gesondert vergütet und ist in die Einheitspreise der entsprechenden OZ einzurechnen.

Der AN legt dem AG vor Ausführung der entsprechenden Leistungen rechtzeitig eine Eignungsnachweis der vorgesehenen Baustoffe zur Zustimmung vor.

Die Unterhaltung der Asphaltschichten obliegt bis zur Fertigstellung dem AN. Eine Vergütung erfolgt nicht gesondert. Anfallende Kosten sind in die Einheitspreise einzurechnen.

Als Abstumpfungsmaßnahme zur Erhöhung der Anfangsgriffigkeit (gem. ZTV-Asphalt 07/13) ist entstaubter Edelsplitt 1/3 mm auf die Deckschicht aus Asphaltbeton gleichmä-

ßig aufzubringen und einzuwalzen. Das Abstumpfungsmaterial muss auf die heiße Deckschicht (jedoch nicht vor dem zweiten Walzgang) aufgetragen werden, um einen ungleichmäßigen Materialauftrag zu vermeiden. Nichtgebundenes Material muss durch saugende Kehrmaschinen durch den AN beseitigt werden.

Gemäß dem „Merkblatt für Schichtenverbund, Nähte, Anschlüsse- und Randausbildung von Verkehrsflächen aus Asphalt“ sind nach dem Herstellen der Decke von Fahrbahnen mit einseitiger Querneigung die freien Ränder in den Verwindungsbereichen beidseitig, sonst nur der höher gelegene Rand, abzudichten.

1.1.1.5 Bankette / Böschungen

Im Zuge der Erneuerung der Fahrbahn wird das Bankett beidseitig der Fahrbahn den neuen Fahrbahnrändern entsprechend angepasst und in einer Breite von 1,50m geschält. Das vorhandene Material wird aufgenommen, das Schälgut beprobt und entsprechend entsorgt. Neues Bankettmaterial (10cm Kiessand 0/32 mit 5 bis 15 % bindigem Anteil) wird angedeckt und mit Rasenansaat versehen. Eine landschaftspflegerische Gestaltung ist nicht vorgesehen. Sicherungsmaßnahmen sind nicht erforderlich.

1.1.1.6 Auffahrten/Zufahrten

Im Baubereich befinden sich Ackerzufahrten. Diese werden im Zuge der Decksanierung nicht erneuert.

1.1.1.7 Durchlässe, Bauwerke

Es befinden sich keine Durchlässe im Bereich der Baustrecke.

1.1.1.8 Ausstattung

Beschilderung

Die vorhandene Beschilderung bleibt im Bestand erhalten. Während der Bauzeit werden die Verkehrszeichen inkl. Mast ausgebaut, seitlich gelagert und nach Fertigstellung der Fahrbahn wieder aufgestellt. Die Standorte der Masten bleiben wie im Bestand erhalten.

Leitpfosten

Alle Leitpfosten bleiben wie im Bestand erhalten. Während der Bauarbeiten sind die Leitpfosten aufzunehmen, seitlich zu lagern und wieder einzubauen.

Fahrbahnmarkierungen

Der AN hat die im Bestand vorhandene Markierung nach Fertigstellung der Baumaßnahme nach Art und Umfang gem. ZTV M 13 neu herzustellen:

Die Fahrbahn erhält beidseitig eine Randmarkierung mit einem Schmalstrich 0,12 Breite aus Kaltspritzplastik (Typ II).

Eine Mittelmarkierung ist aufgrund der schmalen Fahrbahnbreite nicht vorzusehen.

Fahrzeugrückhaltesysteme

Entlang der Baustrecke sind keine Fahrzeugrückhaltesysteme (FRS) vorhanden. Der Neubau von FRS ist nicht Bestandteil dieser Ausschreibung.

1.1.2 Landschaftsbauarbeiten

Umfassende Landschaftsbauarbeiten sind nicht Bestandteil der vorliegenden Ausschreibung.

Bäume in unmittelbarer Nähe zum Fahrbahnrand sind mit einem Baumschutz zu versehen.

Während der Bauzeit sind die gesetzlichen Vorgaben zum Schutz der Umwelt einzuhalten.

Sonstige im Bauverlauf genutzte Flächen (z.B. Lagerplätze, Baustelleneinrichtungen, Zufahrten) sind nach Beendigung der Bauarbeiten zu rekultivieren bzw. in ihrem ursprünglichen Zustand wiederherzustellen.

1.1.3 Leitungsumverlegung

Im Baubereich befinden sich Kabel und Leitungen verschiedener Versorgungsunternehmen. Es erfolgt keine Veränderung an den bestehenden Anlagen.

Im Bereich der Einmündung zum Windpark befindet sich eine querende Gasleitung, die sich nach derzeitigem Kenntnisstand außerhalb des Bauabschnittes befindet. Im Bereich der Bankette ist eine Breitbandtrasse vorhanden.

1.2 AUSGEFÜHRTE VORARBEITEN

1.2.1 Vermessung

Nicht erforderlich

1.2.2 Kampfmittelbeseitigung

Hinweise auf Kampfmittel liegen nicht vor.

Für ein Nichtvorhandensein von Kampfmitteln wird jedoch vom AG keine Gewähr übernommen.

Bei Auffinden von Munition und kampfmittelverdächtigen Gegenständen sind die Arbeiten an der Fundstelle sowie in den anliegenden Bereichen sofort einzustellen. Die Fundstelle ist abzusperren und der Gefahrenbereich ist eindeutig zu kennzeichnen. Der Munitionsbergungsdienst und die Bauleitung des AG sind unverzüglich zu benachrichtigen. Eventuell auftretende Warte- und Stillstandzeiten werden nicht gesondert vergütet.

1.3 AUSGEFÜHRTE LEISTUNGEN

-entfällt-

1.4 GLEICHZEITIG LAUFENDE BAUARBEITEN

- entfällt -

1.5 ÄNDERUNGSVORSCHLÄGE UND NEBENANGEBOTE

Nebenangebote sind grundsätzlich nicht zugelassen.

2 ANGABEN ZUR BAUSTELLE

2.1 LAGE DER BAUSTELLE

2.1.1 Straßen- bzw. Baukilometer, Stationierung

Straßen Nr.:	K 128
Beginn der Baustrecke:	Abs. 50 ca. km 1,753
Ende der Baustrecke:	Abs. 50 ca. km 2,954
Baulänge:	ca. 1.200 m

Die Baustelle befindet sich zwischen dem Ortsausgang Plauerhagen und der B103 Richtung Quetzin im Landkreis Ludwigslust-Parchim, Bundesland Mecklenburg-Vorpommern.

Die Lage des Bauvorhabens ist der beiliegenden Übersichtskarte zu entnehmen.

2.1.2 Nächster Ort

Plauerhagen, Quetzin, Zarchlin, Plau am See

2.2 VORHANDENE ÖFFENTLICHE VERKEHRSWEGE

2.2.1 Straße

B 103, B192, Zarchliner Straße, Schloßstraße, Plauer Straße

2.3 ZUGÄNGE; ZUFAHRTEN

Die Baustelle ist über die o.g. Straße zu erreichen.

Während der Dunkelheit muss die Baustelle so gesichert und ausgeleuchtet sein, dass in Notfällen ein schnelles und gefahrloses Betreten erfolgen kann.

Die Zufahrt von Rettungs- bzw. Einsatzfahrzeugen ist ständig im Baubereich zu gewährleisten. Kosten für entsprechende Sicherungsmaßnahmen sind in die Positionen des Titels „Baustelleneinrichtung“ einzukalkulieren und werden nicht gesondert vergütet.

Behinderungen im Bereich von Zufahrten sind für die Anlieger auf ein Minimum zu beschränken. Für Einsatzfahrzeuge der Feuerwehr muss in jedem Baustadium die Möglichkeit bestehen (außer Deckschicht), ungehindert die Baustelle zu passieren. Gegebenenfalls sind provisorische Maßnahmen zu diesem Zweck vom AN ohne besondere Vergütung durchzuführen und, solange erforderlich, zu unterhalten.

Die Freihaltung des Baufeldes ist Sache des AN und wird nicht gesondert vergütet.

Vom Auftraggeber werden keine besonderen Zugänge und Zufahrten zur Baustelle zur Verfügung gestellt. Die Beschaffung und Herrichtung von Zufahrtsmöglichkeiten zur Baustelle ist Sache des Auftragnehmers, ebenso wie die laufende Reinigung und Wiederinstandsetzung aller als Zufahrt benutzten Straßen und Wege.

2.4 ANSCHLUSSMÖGLICHKEITEN AN VER- UND ENTSORGUNGSLEITUNGEN

Es werden durch den AG keine Anschlussmöglichkeiten an Ver- u. Entsorgungsleitungen für Wasser, Abwasser, Strom, Fernmeldeanschlüsse usw. für die Baustelleneinrichtung und das Baubüro des AG zur Verfügung gestellt. Sie sind vom AN in eigener Verantwortung zu beschaffen. Sanitärabwässer sind in abflusslosen Sammelbehältern aufzufangen und ordnungsgemäß zu entsorgen. Bautankstellen sind so herzustellen und zu betreiben, dass die Bestimmungen der dazu ergangenen Verwaltungsvorschriften eingehalten werden.

2.5 LAGER- UND ARBEITSPLÄTZE

Zusätzliche Lager- und Arbeitsplätze sowie Flächen für die Baustelleneinrichtung, die über das Baufeld hinausgehen, werden vom AG nicht zur Verfügung gestellt.

Für alle zur Benutzung vorgesehenen Flächen und Wege, die über das Baufeld hinausgehen z.B. für Baustelleneinrichtungsflächen, sind die erforderlichen Genehmigungen durch den AN einzuholen. Entsprechende Vereinbarungen mit Dritten bedürfen der Zustimmung des AG. Entstehende Kosten z.B. für Pacht usw. sind in die OZ Baustelleneinrichtung mit einzurechnen.

Ggf. angemietetes Gelände ist nach Beendigung der Bauarbeiten sofort zu räumen und nach Weisung des AG und der Eigentümer in den vor Baubeginn vorhandenen Zustand zu versetzen. Sämtliche Kosten trägt der AN.

Der AN haftet für die Folgen, die sich aus der Baustelleneinrichtung bzw. dessen Räumung ergeben.

Alle Arbeitsstellen müssen der Bauüberwachung gut zugänglich sein.

Etwas notwendige Befestigungen der Lagerplätze usw. sind vom Bieter einzukalkulieren.

2.6 GEWÄSSER

Während der Bauzeit ist der AN für die schadlose Ableitung des Oberflächenwassers auf der Baustelle und ihrem Einzugsgebiet allein verantwortlich. Alle Kosten für die Herstellung von provisorisch Abflussmöglichkeiten und deren Unterhaltung sind in dem Abschnitt Baustelleneinrichtung des jeweiligen Loses einzukalkulieren.

Zur Vermeidung von Wasserverschmutzungen sind bei der Baudurchführung u. a. folgende Hinweise zu beachten: Die Lagerung von wassergefährdenden Materialien ist durch bauliche Maßnahme so einzurichten, dass bei unbeabsichtigtem Ausströmen diese nicht ins Grundwasser gelangen können. Öl- u. Treibstoffverluste der eingesetzten Baumaschinen sind zu verhindern. Die Flächen von Eigenverbrauchstankstellen, Werkstätten, Wasch- u. Einstellplätzen sind mit undurchlässigen Bodenbelägen zu versehen u. über eine entsprechende Abscheidetechnik zu entwässern.

Im Allgemeinen ist das Sorgfaltsgebot gemäß § 5 WHG einzuhalten, wonach bei allen Vorhaben und Maßnahmen, mit denen Einwirkungen auf ein Gewässer (Oberflächenwasser, Grundwasser) verbunden sein können, die nach den Umständen erforderliche Sorgfalt anzuwenden ist, um Beeinträchtigungen sicher auszuschließen. Es ist zu gewährleisten, dass keine wassergefährdenden Stoffe in den Untergrund eindringen können, die zu einer Beeinträchtigung des Grundwassers führen könnten.

2.7 BAUGRUNDVERHÄLTNISSE

Für das Bauvorhaben wurde ein Untersuchungsbefund zum Fahrbahnaufbau erstellt (vgl. Abs. 1.1.1.2).

2.7.1 Untersuchung Ausbauasphalt

Die untersuchten Asphaltsschichten der Verwertungsklasse A können zur Wiederverwendung einer Heißmischanlage zugeführt werden.

2.8 SEITENENTNAHMEN UND ABLAGERUNGSTELLEN

Seitenentnahmen und Ablagerungsstellen werden vom AG nicht zur Verfügung gestellt. Sie sind vom Auftragnehmer eigenverantwortlich zu klären und dem AG vor Baubeginn zu benennen.

Alle aus dem Baubereich anfallenden, im Bauvorhaben nicht wiederverwendungsfähigen Stoffe, sind im Sinne des Kreislaufwirtschaftsgesetzes (KrWG) als Abfall zu betrach-

ten. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, diese Stoffe zugelassenen Verwertungs-/ Aufbereitungsanlagen zuzuführen und die entsprechenden Entsorgungsnachweise dem Auftraggeber zu übergeben.

Über die erfolgte Entsorgung/Ablieferung bzw. Wiederverwertung sämtlicher ausgebauter Stoffe sind dem AG durch den AN prüfbare Unterlagen (z.B. Wiegescheine) vorzulegen. Die Abfuhr- und Deponiegebühren sind in die entsprechenden Einheitspreise einzurechnen.

Für Zwischenlagerungsstellen ist der AN verantwortlich.

2.9 SCHUTZBEREICHE UND OBJEKTE

2.9.1 Natur- und Landschaftsschutzgebiete

Das Baugelände befindet sich in keinem Landschaftsschutzgebiet. Eingriffe über das Baufeld hinaus sind nicht zugelassen.

2.9.2 Bäume und Flurgehölze

Während der Bauarbeiten sind die vorhandenen und verbleibenden Bäume einschließlich des Wurzelbereiches durch geeignete Maßnahmen entsprechend R SBB (ehem. RAS-LP4) vor Beschädigungen zu schützen. Für angezeigte Schäden aus Verschulden des Auftragnehmers ist dieser ersatzpflichtig. Erdarbeiten im Wurzelbereich von Bäumen dürfen nur von Hand vorgenommen werden. Dadurch entstehende Mehrkosten sind in die entsprechenden Einheitspreise einzurechnen.

Für die Bäume direkt am Fahrbahnrand ist jeweils ein Baumschutz aus geeigneten Materialien vorzusehen und nach Fertigstellung wieder zu entfernen.

Während der Bauzeit sind die gesetzlichen Vorgaben zum Schutz der Umwelt einzuhalten. Die im Rahmen der vorliegenden Maßnahme erforderlichen Eingriffe sind so gering wie möglich zu halten.

2.9.3 Denkmale

Im unmittelbaren Baubereich befinden sich nach gegenwärtigem Kenntnisstand **keine** Denkmale.

2.9.4 Immissionsschutzbereiche und Objekte

Die Bauarbeiten sind vom AN so durchzuführen, dass eine Belästigung Dritter durch Baubetrieb und Transporte (Staub, Lärm, usw.) soweit wie möglich (im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften) vermieden wird. Die vom AN zu treffenden Maßnahmen gehen zu seinen Lasten. Die Regulierung evtl. Einsprüche Dritter, in Bezug auf Umweltschutz und Lärmbelästigung, ist Sache des AN.

Baulärm

Im unmittelbaren Baubereich befindet sich keine angrenzende Bebauung durch Gebäude.

2.9.5 Wasserschutzgebiete

Die Baumaßnahme befindet sich nicht innerhalb eines Wasserschutzgebietes.

2.9.6 Vermutete Bodenfunde

Es werden keine Bodenfunde vermutet.

2.9.7 Vermessungsmarken

Nach derzeitigem Kenntnisstand befinden sich keine Festpunkte der amtlichen geodätischen Grundlagentetze des Landes Mecklenburg-Vorpommern im Baubereich.

Sollten jedoch andere Vermessungspunkte angetroffen werden, dürfen in diesem Zusammenhang weder in Lage und Höhe geändert werden und sind während der Baumaßnahme zu schützen.

Sowohl ober- als auch unterirdisch eingebrachte Vermessungspunkte, mit Messmarken und der Aufschrift "Vermessungspunkt" oder "Grenzpunkt" gekennzeichnete Punkte, dürfen weder überdeckt noch entfernt werden.

2.9.8 Schutzmaßnahmen

Die Bäume im Baubereich sind zum Schutz vor mechanischen Beschädigungen sowie vor Verdichtungen im Bodenbereich zu schützen. Verunreinigungen der Flächen durch beim Baustellenbetrieb anfallende pflanzen- oder bodenschädigende Stoffe (z.B. Lösemittel, Mineralöle, Farben, Zement o.a.) sind zu unterlassen. Vernässungen oder Überstauungen des Wurzelbereiches der Gehölze durch baubedingte Wasserableitung sind zu verhindern.

2.10 ANLAGEN IM BAUBEREICH

Über eventuell im Baubereich vorhandene Ver- und Entsorgungsleitungen hat sich der AN selbst bei den Leitungsträgern bzw. Versorgungsunternehmen kundig zu machen. Eine gesonderte Vergütung erfolgt hierfür nicht. Die Forderungen des VU bei Arbeiten im unmittelbaren Bereich der Leitungen sind einzuhalten. Schäden durch Nichteinhaltung der Forderungen sind Sache des AN. Das bloße Vorhandensein von Leitungen aller Art berechtigt nicht zu Erschwerniskostenforderungen. Erschwerniskennzeichen müssen vorhanden sein. Erforderliche Sicherungsmaßnahmen an Leitungen sind vor Beginn der Arbeiten mit dem VU abzusprechen. Art und Umfang der Sicherungsmaßnahmen müssen baubegleitend von einem Beauftragten des VU anerkannt werden.

Es ist Sache des AN, die Arbeiten terminlich einzuplanen. Der Auftrag für diese Arbeiten ist vom jeweiligen VU einzuholen und entsprechend abzurechnen. Der Abbruch von vorhandenen Anlagen im Zuge der Baufeldfreimachung ist erst nach ausdrücklicher Zustimmung des AG vorzunehmen. Der AN ist für Beschädigungen von Leitungen haftet der AN.

2.11 ÖFFENTLICHER VERKEHR IM BAUBEREICH

Die Baustrecke ist Bestandteil des Schülerverkehrs zwischen Plauerhagen und Quetzin (Bedarfshaltestelle). Das zuständige Busunternehmen ist über die Verkehrseinschränkungen 4 Wochen vor Beginn der Bautätigkeit zu informieren und über den Baufortschritt regelmäßig zu unterrichten. Mit der Bauausführung verbundene Verkehrseinschränkungen sind auf ein erforderliches Mindestmaß zu beschränken.

Während der Bauzeit findet im direkten Baubereich kein öffentlicher Verkehr statt (Bauausführung in den Sommerferien). Die Zufahrt von Rettungsfahrzeugen ist in jeder Bauphase sicherzustellen. Bei Sperrungen für den Asphalteinbau ist der Rettungsdienst und die Polizei rechtzeitig über die Vollsperrung zu informieren.

3 ANGABEN ZUR AUSFÜHRUNG

3.1 VERKEHRSFÜHRUNG; VERKEHRSSICHERUNG

3.1.1 Allgemeines

Der AG überträgt die Verkehrssicherungspflicht während der Bauzeit bis zur vertragsgerechten und vollständigen Erfüllung des Bauvertrages dem AN.

Bei der Durchführung des Auftrages ist eine verkehrsbehördliche Anordnung erforderlich. Bei der Straßenverkehrsbehörde sind aussagefähige Anträge zu stellen, eventuelle Schaltpläne für Lichtsignalanlagen einzureichen. Ohne diese Anordnung dürfen keine Bauarbeiten ausgeführt werden.

Der AN muss die verkehrsbehördliche Anordnung beim Landkreis Ludwigslust-Parchim (örtliche Straßenverkehrsbehörde) einholen.

Die notwendigen Maßnahmen sind mit der zuständigen Verkehrsbehörde abzustimmen und genehmigen zu lassen.

Die Unterbrechung der Bauarbeiten entbindet den AN nicht von der Verpflichtung die Verkehrssicherungseinrichtungen zu unterhalten.

Maßgebend für die Verkehrssicherung sind die StVO und die „Richtlinien zur Sicherung von Arbeitsstellen“ (RSA 21) und Technische Regeln für Arbeitsstätten (ASR A5.2). Vertragsbestandteil sind die ZTV-SA 97 /2001 (Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für Sicherungsarbeiten an Arbeitsstellen an Straßen).

Der AN ist verantwortlich für die rechtzeitige Beantragung der verkehrsrechtlichen Anordnungen beim Ordnungsamt Plau am See.

Das Bauende grenzt einen Bahnübergang. Die Strecke wird durch die RegioInfra befahren. Arbeiten in der Nähe der Bahnstrecke sind mittels Streckenposten zu begleiten.

3.1.2 Verkehrsführung

Mit der Bauausführung der vorliegenden Maßnahme verbundene Verkehrseinschränkungen sind auf ein für die Maßnahme erforderliches Mindestmaß zu beschränken.

Der Baustellenbereich sowie die Baustellenein- und -ausfahrten müssen entsprechend beschildert und gekennzeichnet sein.

Der Auftragnehmer hat die Verkehrssicherungen im Baustellenbereich (Beschilderung, Absperreinrichtungen, etc.) aufzustellen, zu entfernen, zu warten und zu unterhalten.

Zusätzliche Absperrungen sind mit dem AG abzusprechen bzw. bei diesem zu beantragen. Sämtliches Sicherungsmaterial stellt der AN.

Der vom AN festzulegende individuelle Bauablauf ist durch eine abschnittsweise Bauausführung so auszurichten, dass Einschränkungen auf ein Mindestmaß reduziert werden.

Da keine Nebenanlagen für Fußverkehr und Radverkehr vorhanden sind, ist die Bau-
strecke auch für diese Verkehrsströme während der Bauzeit gesperrt.

Verkehrszeichen müssen rückstrahlend sein. Während der Dämmerung, bei Dunkelheit oder schlechten Sichtverhältnissen müssen Absperrungen durch Warnleuchten kenntlich gemacht werden.

Aufbau, Kontrolle und Unterhaltung der erforderlichen Beschilderung und Sperreinrichtung für die gesamte Bauzeit einschließlich der arbeitsfreien Tage obliegt in vollem Umfang, rund um die Uhr, der bauausführenden Firma. Beschilderungen und Sicherungen, welche ausschließlich dem Schutz der Bauarbeiter während der Arbeiten dienen, sind bei Schichtende bzw. vor arbeitsfreien Tagen in geeigneter Weise aufzuheben. Störungen sind im Bautagebuch nachzuweisen.

Die Abnahme sämtlicher Verkehrssicherungsmaßnahmen ist durch den AN bei der zuständigen Bauüberwachung des Auftraggebers zu beantragen.

Die Verpflichtung des Auftragnehmers für die Sicherung und Absperrung endet erst mit vollständiger Räumung der Baustelle.

Die Kontrolle der Baustellensicherung sowie der Umleitungsbeschilderung ist entsprechend den ZTV-SA 97/2001 durchzuführen und zu dokumentieren.

Der AN hat alle Beteiligten rechtzeitig vor Sperrbeginn zu informieren. Die Art und Weise der Informationsweitergabe ist mit dem AG, den zuständigen Behörden und Trägern öffentlicher Belange aktenkundig abzustimmen. Daraus resultierende Aufwendungen sind im Angebot zu kalkulieren. **Eine entsprechende LV Position ist vorhanden.**

Rechtzeitige Absprachen über den Zeitpunkt der Unzugänglichkeit der jeweiligen Grundstücke haben mit den Eigentümern/Nutzern (u.a. Anwohner Am Weizenberg) über Wurfzettel zu erfolgen.

Mit der Durchführung der Bauarbeiten darf erst begonnen werden, wenn die ordnungsgemäße Aufstellung der Verkehrszeichen und Sperreinrichtungen durch die Bauüberwachung des Auftraggebers und den Straßenmeister abgenommen wurde.

3.1.3 Verkehrszeichen, Schildertafeln, Baken

Die Ausführung der Verkehrszeichen muss den RAL-Gütebedingungen entsprechen.

Verkehrszeichen müssen mit retroreflektierender Folie mind. des Typs 2 beschichtet sein.

Hinsichtlich der Erkennbarkeit bereits gebrauchter Verkehrszeichen gelten die in der ZTV-SA 97/2001, Punkt 5.1, Ziffer (5) und (6) getroffenen Festlegungen.

3.2 BAUABLAUF

Der 2. Teilbauabschnitt reicht von Bau-km 1+240.000 bis 2+439.912.

3.2.1 Reihenfolge und Abwicklung der Arbeiten

Es ist eine Bauzeit vom **13.07.2026** bis zum **07.08.2026** (ca. 4 Wochen) vorgesehen.

Die Baumaßnahme ist in folgende Bauphasen unterteilt, wobei die gesamte Strecke während der Bauzeit voll gesperrt wird:

- | | | |
|-------------|---|---|
| Bauphase 1a | Fräsen von Asphaltdecke und Asphaltbinder auf der gesamten Strecke
in 2 Fräsgängen | - 1. Fräsgang 6 cm
- 2. Fräsgang 2 cm (Feinfräsen) |
| Bauphase 1b | Verlegung des Asphaltbewehrungsgitters auf der gesamten Strecke, | |
| Bauphase 1c | Einbau Asphaltbinder und Asphaltbetondecke, | |
| Bauphase 1d | Aufbringen der Randmarkierung, Wiederaufstellen Beschilderung und
Leitpfosten, | |

Die Vollsperrung wird von dem Verkehr gemäß Umleitungsplan U16-1_BL1 während der gesamten Bauzeit umfahren.

Es ist grundsätzlich Sache des AN, Reihenfolge und Abwicklung der Arbeiten in Abstimmung mit der Bauüberwachung des AG festzulegen.

Der Bauablauf ist durch den AN so zu organisieren, dass die Leistungen in einer kurzen Bauzeit und unter Beachtung der im Formblatt „HVA B-StB-Besondere Vertragsbedingungen“ angegebenen Terminstellung realisiert werden. Durch den AN ist ein Verantwortlicher und dessen Stellvertreter zu benennen.

Der AN hat auf einen geordneten Bauablauf zu achten und einzelne Arbeitsvorgänge so aufeinander abzustimmen, dass die am Bau Beschäftigten und sonstige Dritte nicht gefährdet werden.

Der AN hat alle Vorgänge von Bedeutung, Beanstandungen und Unstimmigkeiten im Bauablauf unter Angabe von Tag und Stunde in sein Bautagebuch aufzunehmen.

Witterungsbedingte Arbeiten müssen in der geeigneten Jahreszeit ausgeführt werden. Regenfälle werden nicht als höhere Gewalt oder unabwendbarer Umstand im Sinne von

VOB Teil B, § 7, Nr. 1 angesehen, es sei denn, der AN weist nach, dass sie völlig außergewöhnlich und einmalig waren.

Die Kontrolle des Bauablaufes erfolgt durch wöchentliche Baustellenrapporte. Änderungen und Ergänzungen zum Bauzeitenplan sind nur in Abstimmung mit der örtlichen Bauüberwachung vorzunehmen.

Der auf die geforderte Fertigstellungsfrist und den vertraglich vereinbarten Terminen abgestimmten Bauzeitenplan, ist spätestens 8 Werktage nach Zuschlagserteilung ein Bauzeitenplan vorzulegen. Der AG erwartet die Einhaltung des Bauzeitenplanes. Aus einer Überschreitung der Bauzeit abzuleitende Mehrkosten werden nicht erstattet. Behinderungen der Arbeiten durch Zufahrtsbeschränkungen o.ä. sind zu vermeiden.

Die Baukoordinierung obliegt dem AN, Verzögerungen die durch Fremdbetriebe entstehen, sind dem AG nicht anzulasten.

Ein mehrmaliges An- und Abrücken einzelner Kolonnen (z.B. Asphaltfertiger), bedingt aus der Technologie, der Verkehrsführung während der Bauzeit oder den gleichzeitig laufenden Arbeiten, ist zu berücksichtigen und einzukalkulieren. Bei Bauarbeiten muss ständig ein kompetenter Vertreter des AN auf der Baustelle zugegen sein. Dies gilt auch, wenn ausschließlich Leistungen von NAN ausgeführt werden.

Der Einbau der bituminösen Schichten erfolgt unter Vollsperrung in voller Breite ohne Mittelnahrt.

3.3 WASSERHALTUNG

Die Durchführung der Baumaßnahme ist so zu gestalten, dass der schadlose Abfluss von Oberflächenwasser aus den vorhandenen und bereits fertiggestellten Bereichen gewährleistet ist. Die Kosten dafür sind in die Einheitspreise einzukalkulieren.

3.4 BAUBEHELFE

Sämtliche Baubehelfe, die zur Erbringung der Leistung notwendig werden, sind Sache des AN. Er hat sämtliche hierfür anfallende Kosten in die jeweiligen Positionen einzurechnen.

3.5 STOFFE; BAUTEILE

Für alle einzusetzenden Baustoffe, Baustoffsysteme und / oder Bauteile sind durch den AN Eignungs- und Liefernachweise rechtzeitig vor Baubeginn zu übergeben. Es sind nur

geprüfte und zertifizierte Materialien zu verwenden. Lieferunterlagen sind dem Auftraggeber ausnahmslos im Original zu übergeben. Die Asphaltieferscheine sind dem AG bzw. seinem Vertreter am Tag des Einbaues zu übergeben.

Material und Verfahren, die bei der Herstellung der Baumaßnahme eingesetzt und verwendet werden, sollen möglichst umweltfreundlich bzw. umweltschonend sein.

Die „Zusätzlichen Technischen Vertragsbedingungen für Straßenbauarbeiten in Mecklenburg - Vorpommern“ (ZTV M-V StB) sind zu berücksichtigen (s. Abschnitt 5).

Für den Einbau der Asphaltsschichten gilt die ZTV Asphalt-StB 07/13, ZTV BEA-StB 09/13, TL Asphalt-StB 07/13, TL BEA-StB 09/13 und die TL Gestein-StB 04/23.

Die Mischrezepturen sind 14 Tage vor dem geplanten Einbau schriftlich an den AG zu übergeben. Gleichzeitig sind die Nachweise der Güteüberwachung (Eigen- und Fremdüberwachung) für das zu liefernde Asphaltmischgut gemäß den Technischen Lieferbedingungen für Asphaltmischgut für den Bau von Verkehrsflächenbefestigungen, Ausgabe 2007, Fassung 2013 (TL Asphalt-StB 07/13) an den Auftraggeber einzureichen.

Die auf der Grundlage der Eignungsprüfung erstellten Rezepturen sind so zu wählen, dass bei Ausschöpfung der zulässigen Toleranzen die Einhaltung der Grenzwerte lt. ZTV SoB-StB Ausgabe 2020 bzw. ZTV Asphalt-StB 07/13 auch beim eingebauten Mischgut gewährleistet wird, d.h. die unteren Zahlenwerte sowohl der Zuschlagskomponenten im Mineralstoffbereich als auch für die Bindemittelvorgabe werden vom AG als untere Grenzwerte vorgegeben, die nicht unterschritten werden dürfen.

Die Verwendung von Ausbauasphalt in gebundenen Schichten regeln in Mecklenburg-Vorpommern die Zusätzlichen Technischen Vertragsbedingungen.

Tagesansätze sind in allen Schichten zu schneiden. Dies ist Nebenleistung. Die Tagesansätze in der Deckschicht sind mit Dilaplast R oder einem gleichwertigen Material als Nebenleistung herzustellen.

Die Herstellung von provisorischen Abschlüssen, Rampen und Angleichungen, auch in Längsrichtung, sowie ihre Beseitigung sind Nebenleistung und werden nicht besonders vergütet.

Die geforderten Baustoffgüten sind auf den Ausschreibungszeichnungen bzw. im LV angegeben.

Handeinbau von Asphaltmischgut an Zwickeln, Streifen, Ansätzen, etc. werden, wenn nicht explizit als LV-Position enthalten nicht gesondert vergütet.

3.6 Abfälle

Ausbaustoffe sind gemäß der Mantelverordnung (Mantel IV), getrennt nach Bodenart, in Haufwerken zu max. 500 m³ zwischenzulagern und vor der Weiterverwendung zu Be-
proben.

Nicht wiederverwendbare Bodenmassen und sonstige Rückstände sind einer zugelassenen Verwertung nach Wahl des AN zuzuführen.

Über die erfolgte Entsorgung, Ablieferung bzw. Wiederverwendung sämtlicher ausgebauter Stoffe sind dem AG durch den AN prüfbare Unterlagen vorzulegen.

Der AN ist verpflichtet, diese Stoffe zugelassenen Verwertungs-/ Aufbereitungsanlagen zuzuführen und die entsprechenden Entsorgungsnachweise dem AG zu übergeben.

Die Verwertung bzw. Beseitigung der bei den Bauvorhaben anfallenden Abfälle hat entsprechend der Vorschriften des Gesetzes zur Förderung der Kreislaufwirtschaft und Sicherung der umweltverträglichen Bewirtschaftung von Abfällen (KrWG) und des Abfallwirtschafts- und Altlastengesetzes für Mecklenburg-Vorpommern (AbfAlG M-V) und aufgrund dieser Gesetzts erlassenen Rechtsverordnungen zu erfolgen.

Für alle im Zuge der Baumaßnahme anfallenden Ausbaustoffe, Abfälle und überschüssigen Erdmassen bleibt der AG Abfallbesitzer.

Der AN wird Abfallerzeuger und übernimmt die Pflicht zur ordnungsgemäßen Verwertung bzw. Beseitigung. Die Art und Weise der Verwertung erfolgt, sofern nicht anders im Leistungsverzeichnis geregelt, nach Wahl des AN entsprechend der geltenden Rechtslage (Kreislaufwirtschaftsgesetz vom 24.02.2012) innerhalb dieser Baumaßnahme. Nicht wiederzuverwendende Materialien sind durch den AN gemäß AbfwKG einer ordnungsgemäßen Wiederverwertung zuzuführen. Alle diesbezüglich anfallenden Kosten wie Laden, Transportieren, Deponie- und Verwertungskosten sind in die Einheitspreise einzukalkulieren.

3.7 WINTERBAU

- entfällt -

3.8 BEWEISSICHERUNG

Bauliche Anlagen sind vor Beschädigungen jeglicher Art zu schützen. Bei Benutzung von Gemeindestraßen, öffentlicher Wege oder anderer Baugrundstücke sind durch den AN vor Baubeginn mit dem jeweiligen Eigentümer eine protokollierte Bestandsaufnahme über den Urzustand anzufertigen. Festgestellte Schäden sind genau zu beschreiben u.

durch einen Fotobeleg zu dokumentieren. Hierfür anfallende Kosten werden nicht gesondert vergütet. Die Baudurchführung ist so zu gestalten, dass Schäden an baulichen Anlagen im Baustellenbereich nicht entstehen können.

Vor Beginn der Bauarbeiten wird ein Beweissicherungsgutachten für die Bebauung der unmittelbaren Umgebung erstellt. Dieses ist Bestandteil des LVs.

3.9 SICHERUNGSMASSNAHMEN

Die Sicherungspflicht für die Baustelle obliegt dem AN.

Die Baustelle (Baufeld, Lagerplätze, Baustelleneinrichtung etc.) ist vom AN gegen unbefugtes Betreten zu sichern.

Dem AN obliegt diese Sicherungspflicht auch während der witterungsbedingten und technologischen Pausen im Bauablauf. Der AN hat notwendigen Absperrungen und Beschilderungen regelmäßig zu kontrollieren.

Die Sicherungspflicht des AN für die Baustelle endet erst mit vollständiger Abnahme der Bauleistung.

Beim Auffinden von kampfmittelverdächtigen Gegenständen während der Baumaßnahme sind die Arbeiten einzustellen und der Munitionsbergungsdienst zu benachrichtigen. Neben der StVO sind die Zusätzlichen Technischen Vertragsbedingungen und Richtlinien für Sicherungsarbeiten an Arbeitsstellen, an Straßen und den Richtlinien für Umleitungsbeschilderung (RUB) zu beachten.

3.10 BELASTUNGSANNAHMEN

- entfällt -

3.11 VERMESSUNGSLEISTUNGEN, AUFMASSVERFAHREN

3.11.1 Aufmaßverfahren

Als gültiges Aufmaßverfahren für die Bauabrechnung wird die REB-VB zugrunde gelegt. Detaillierte Abstimmungen sind vor Baubeginn mit der Bauüberwachung zu führen.

Grundsätzlich bilden gemeinsame Aufmaße von Auftraggeber und Auftragnehmer die Grundlage für die Abrechnung der einzelnen Teilleistungen entsprechend dem Baufortschritt. Jede dritte Rechnung ist durch ein komplettes Aufmaß zu belegen, die Aufmaße (Abrechnungseinheiten) erfolgen nach Angaben in der Leistungsbeschreibung bzw. nach VOB.

Die erste Originalausfertigung der Liefer- und Wiegescheine für die eingebauten Materialien ist unaufgefordert der Bauüberwachung des AG zu übergeben. Die Nachweisführung hat aus mindestens nachfolgenden Unterlagen zu bestehen:

Nachweisführung gemäß HVA-B-Stb

3.11.2 Vermessung

Die vom AN auszuführenden Vermessungsarbeiten sind von qualifizierten Fachkräften unter der Leitung und Verantwortung eines Vermessungsingenieurs durchzuführen.

Die Vermessungsleistungen sind in der ZTV Verm-StB 01 geregelt.

3.12 PRÜFUNGEN

Für den Schichtdickennachweis der Asphaltsschichten schreibt der Auftraggeber im Rahmen der Eigenüberwachung das Verfahren der „Elektromagnetischen Dickenmessung“ laut Technische Prüfvorschriften (TP D-StB 12) vor. Die Einlage der Folien hat wechselseitig im rechten bzw. linken Fahrstreifen, in 2 m Abstand vom Fahrbahnrand, zu erfolgen. Die Messungen nehmen AG und AN gemeinsam vor.

Bei der Eigenüberwachung gemäß ZTV Asphalt-StB 07/13 kann der Auftragnehmer den Nachweis der Anfangsgriffigkeit der Walzasphaltdeckschichten durch Messungen oder durch Erstellen einer Arbeitsanleitung mit Soll-Vorgaben und deren Prüfungen nach dem Formblatt „Dokumentation der Eigenüberwachung der Maßnahmen zur Sicherstellung der Anfangsgriffigkeit von Walzasphaltdeckschichten“ führen.

Beabsichtigt der Auftragnehmer, den Nachweis nicht durch Messungen zu führen, dann hat er in seiner Arbeitsanleitung das Arbeitsverfahren für die einzusetzenden Geräte und die Arbeitsweise:

- beim Einbau
- bei der Verdichtung und
- für die Bearbeitung der Oberfläche festzulegen.

Das Einhalten der Soll-Vorgaben ist zu dokumentieren und die Ergebnisse dem Auftraggeber vorzulegen. Die Arbeitsanleitung und die Soll-Vorgaben sind anhand der Ergebnisse der Griffigkeitsmessungen der Kontrollprüfungen zu bewerten.

Die Kosten für die Eigenüberwachung sind Bestandteil der Einheitspreise.

Die Ergebnisse sind auf Anforderung dem AG zur Qualitätsbeurteilung zu übergeben.

Der AN hat die vertraglich vereinbarte Qualität über sein eigenes Qualitätsmanagementsystem zu gewährleisten und nachzuweisen. Dem AG obliegt die Kontrolle der qualitätssichernden Maßnahmen und das steuernde Eingreifen im Bedarfsfall.

3.13 UMWELTSCHUTZ

Zum Schutz der Umwelt, der Landschaft und der Gewässer hat der AN die durch die Arbeiten hervorgerufenen Beeinträchtigungen auf das erforderliche Maß zu beschränken. Hierdurch bedingte Mehraufwendungen zählen zu den Nebenleistungen und werden nicht besonders vergütet.

Durch den Auftragnehmer entstandene Schäden gehen zu seinen Lasten.

4 AUSFÜHRUNGSUNTERLAGEN

4.1 VOM AG ZUR VERFÜGUNG GESTELLTE AUSFÜHRUNGSUNTERLAGEN

Für die Angebotsphase (Kalkulation) zur Verfügung gestellte Ausführungsunterlagen:

- Übersichtskarte
- Übersichtslageplan
- Lagepläne
- Regelquerschnitt
- Untersuchungsbefund zur vorhandenen Asphaltbefestigung
- Verkehrsführung Umleitung

Die vollständige Ausführungsplanung wird dem AN nach Zuschlagserteilung in 2-facher Ausführung übergeben.

4.2 VOM AN ZU BESCHAFFENDE AUSFÜHRUNGSUNTERLAGEN

Der Auftragnehmer hat folgende ergänzende Unterlagen (soweit diese zur Bauausführung erforderlich sind) selbst und ohne besondere Vergütung aufzustellen:

- Bauzeitenplan unter Berücksichtigung des Arbeitszeitgesetzes und der Sozialvorschriften im Straßenbau

Vom Auftragnehmer ist dem Auftraggeber spätestens 8 Werktage nach Zuschlagserteilung ein Bauzeitenplan vorzulegen. In dem Bauzeitenplan sind während der Baudurchführung die IST-Leistungen den SOLL-Leistungen gegenüberzustellen.

- Geräte und Arbeitskräfteeinsatzplan

Spätestens 8 Werktage nach Zuschlagserteilung ist auf Grundlage des Bauzeitenplanes ein Geräteeinsatzplan und ein Arbeitskräfteeinsatzplan zu übergeben.

- weitere durch den AN zu übergebende bzw. zu beschaffende Ausführungsunterlagen
- Urkalkulation
- Verkehrsrechtliche Anordnung einschließlich Verkehrszeichenpläne
- Entsorgungsnachweise
- Eignungsprüfungen und Materialnachweise, Mischrezepturen
- Plan zur Qualitätssicherung
- Dokumentation der Eigenüberwachung

5 ZUSÄTZLICHE TECHNISCHE VERTRAGSBEDINGUNGEN

Der AN hat in eigener Verantwortung dafür Sorge zu tragen, dass die nach allgemeinen anerkannten Regeln der Technik zutreffenden Vorschriften, Normen sowie Richtlinien und Hinweise in jeweils gültiger Fassung bei der Erbringung der Leistungen berücksichtigt werden.

Die ausgeführten Technischen und Zusätzlichen Technischen Vertragsbedingungen sind Vertragsbestandteil und in der Fassung maßgebend, die drei Monate vor Ablauf der Angebotsfrist Gültigkeit hatte.

Details sind der Unterlage 1 Anlage 1 „Baubeschreibung Teil 5 - Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen“ zu entnehmen.